„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 12. März 1924 | 12 Seiten | Nummer 18

Volksabstimmung über Alkoholfrage am 21. Juli

Legislatur von Saskatchewan billigt fast einmütig Regierungsbill über Plebiszit

Hon. J. A. Croß bespricht Entstehung, Sinn und Zweck der Maßnahme.

Nachdem Attorney-General, Hon. J. A. Croß am Dienstag, 4. März, die Bill, die ein Plebiszit über die Kontrolle und den Handel mit alkoholischen Getränke vorsieht, zur Notiz gebracht hatte, worauf formell die erste Lesung erfolgte, begann am Freitag die zweite Lesung mit einer längeren Debatte.

Die Bill sieht als Abstimmungstag den 21. Juli dieses Jahres vor und zwar von 9 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Zwei Fragen sollen der Wählerschaft in folgender Formulierung unterbreitet werden:

1. Frage: Sind Sie für den Grundsatz des Saskatchewan Temperance Act?

2. Frage: Wenn ein Liquorsystem unter Regierungskontrolle errichtet werden soll, für welche von den beiden folgenden Regelungen sind Sie?

a) Verkauf von allen Spirituosen oder Malzgetränken in versiegelten Packungen durch Regierungsverkäufer, oder

b) Verkauf von allen Spirituosen in versiegelten Packungen durch Regierungsverkäufer und Bierverkauf an lizensierten Plätzen.

Jeder Wähler, der seine Stimme abgibt, muß eine Frage beantworten.

Der Leutnant-Governor wird am oder vor dem 1. Juni den offiziellen Wahlbefehl (writ) erlassen. Jede Person, die abstimmt, obwohl sie weiß, daß sie nicht zur Abstimmung berechtigt ist, oder einen anderen zur Abstimmung veranlaßt, der nicht dazu berechtigt ist, wird mit 30 Tagen Haft bestraft. Die Bestimmungen des Saskatchewan Election Act werden hinsichtlich der Stimmenzählung angewendet werden.

Besondere Abstimmungen werden abgehalten in:

Cities—Regina, Saskatoon, Moose Jaw, Prince Albert, Weyburn, Swift Current, North Battleford.

Towns—Yorkton, Melville, Estevan, Kamsack, Canora, Humboldt, Sutherland, Assiniboia, Shaunavon, Wilkie, Biggar, Kindersley, Gravelbourg, Wynyard, Kerrobert, Radville.

Soweit das Grundsätzliche der Bill in Frage kam, waren sich bei der Debatte zur zweiten Lesung beide Seiten der Saskatchewan Legislatur einig.

Der Attorney-General, Hon. J. A. Croß,

begründete ausführlich die Bill. Er gab zu, daß die Alkoholfrage eine der schwierigsten sei, mit der sich die Regierung zu befassen habe. Er schilderte ferner die verschiedenen Phasen des Alkoholhandels seit den Tagen der ersten Pioniere bis heute.

Im Monat November letzten Jahres sei nun eine stark unterzeichnete Petition von der Moderation League an die Regierung überreicht worden. Diese Petition, die 79,004 Namen trage, verlange, daß sofort Vorkehrungen getroffen werden sollten, durch die es der Bevölkerung der Provinz ermöglicht werde, ihre Wünsche hinsichtlich der Alkoholpolitik durch Abstimmung kundzutun.

Die Petition sei von den Regierungsbeamten auf ihren „guten Glauben" hin geprüft worden. Da keine gedruckten Wählerlisten vorlägen, sei es unmöglich, festzustellen, ob alle Unterzeichner der Petition auch wahlberechtigt sind. Die Unterschriften schienen jedoch echt zu sein. Im Ganzen genommen glaube er, daß die Petition als echt und zuverlässig betrachtet werden könne.

Gegenvorstellungen seien ebenfalls unternommen worden, wobei Verschiebung der Volksabstimmung gefordert wurde. Resolutionen seien von verschiedenen Körperschaften der Provinz angenommen worden, die diese Ansicht unterstützten. Andererseits seien von anderen Körperschaften Resolutionen mit der Forderung baldiger Abstimmung zur Annahme gelangt. Es sei klar, daß die öffentliche Meinung hinsichtlich des Saskatchewan Temperance Acts geteilt sei.

Die Regierung habe diesem schwierigsten Problem die aufrichtigste und ernsteste Erwägung gewidmet und habe sich dahin entschieden, die zur Beratung unterbreitete Bill einzubringen, die im laufenden Jahre den Wählern Gelegenheit gebe, ihre Meinung zu äußern.

Man könne wohl nicht erwarten, daß die Entscheidung der Regierung einmütige Unterstützung seitens des Volkes finde. Aber er hoffe, daß sie mindestens die Billigung der gemäßigteren Kreise auf beiden Seiten erhalte.

Durch Unterbreitung einer Maßnahme dieser Art führe die Regierung ihre wohlbekannte Politik aus, keine wesentliche Aenderung an unserem bestehenden Gesetz ohne Volksbefragung vorzunehmen. Es bestehe wenig Opposition gegen diese Politik. Es werde allgemein zugegeben, daß dies das richtige Vorgehen sei, wenn es sich um ein so großes soziales, moralisches und wirtschaftliches Problem handele. Der hauptsächliche Grundsatz der Bill sei die Abhaltung des Plebiszits und darüber gebe es keine Meinungsverschiedenheit.

Die Bill, wie sie entworfen sei, sehe keine Abstimmung für die nördlichsten Wahlkreise, Ile a la Crosse und Cumberland, vor. Eine ähnliche Bestimmung sei in dem Gesetz für das Plebiszit von 1916 enthalten gewesen. Dieses Gebiet sei zu jeder Zeit sehr dünn besiedelt gewesen. In den letzten Jahren habe jedoch nach Informationen ein beträchtlicher Zustrom von Ansiedlern in diesen Wahlkreisen stattgefunden. Es würde daher vielleicht ungerecht sein, ihnen das Stimmrecht zu versagen. Die Stelle könne ja im Ausschuß gestrichen werden.

Ueber die Frage des Datums der Abstimmung sei mehr Meinungsverschiedenheit vorhanden. Die Petition der Moderation League ersuche um sofortige Unterbreitung. Dagegen seien Vorstellungen erhoben worden, die erst eine Abstimmung nach Ablauf von 3 Jahren vom 15. Dezember 1922 an gerechnet, an welchem Tage die Liquorausfuhr aus der Provinz untersagt wurde, wünschten. Andere Vorstellungen forderten ein Plebiszit bei den Munizipalwahlen im nächsten Dezember.

Der letztere Vorschlag habe etwas für sich, weil er Geldersparnis bedeuten würde, was ein wichtiger Faktor sei. 1916 habe dieses System befriedigend gearbeitet. Damals sei aber auch die öffentliche Meinung in weitem Maße einig gewesen, wie sich aus der Abstimmung ergeben habe. Einiger Widerspruch sei von Munizipalkandidaten dagegen erhoben worden, daß man die Liquorfrage zu einem Streitpunkt bei Munizipalwahlen mache. Der ernsteste Widerspruch gegen eine späte Abstimmung beruhe im Hinweis auf die Unsicherheit des Wetters, das im Dezember häufig sehr kalt und stürmisch sei. Munizipalkörperschaften seien stark dafür eingetreten, daß ihre Wahlen unter Hinblick darauf durch die Gesetzgebung auf einen früheren Zeitpunkt verlegt werden sollten.

Bei Erwägung der Zeit mußte auch auf die Erntezeit Rücksicht genommen und die Tatsache in Betracht gezogen werden, daß dann 30,000 oder mehr vorübergehende Einwohner in Person der Erntearbeiter in der Provinz leben. Sie sind ein wertvoller Faktor in unserem Wirtschaftsleben, aber man würde berechtigte Kritik daran üben, wenn sie an der Abstimmung teilnehmen dürften.

Die Regierung ist bestrebt, so erklärte Hon. J. A. Croß, die Volksabstimmung ehrlich und gerecht für alle zu machen, und will dafür sorgen, daß sie einen wahren und freimütigen Ausdruck der Volksmeinung ergibt. Je größer die Stimmbeteiligung, desto genauer wird das Bild sein. Nach bestem Urteil der Regierung, nach ernstester Ueberlegung und nach Prüfung aller Faktoren wurde das Datum des 21. Juli gewählt, das also nicht willkürlich festgesetzt wurde. Es sollte eine angemessene Zeit für freie und freimütige Diskussion gestatten.

Die vorgeschlagenen Fragen sind nach Regierungsauffassung deutlich und sprechen für sich selbst.

Die relativen Vorzüge der Prohibition im Gegensatz zu einem anderen System der Alkoholkontrolle sind nicht Gegenstand dieser Debatte.

Wir haben nach den Gesetzbüchern unserer Provinz seit 1917 ein Prohibitionsgesetz. Wie bereits angedeutet, hat das Fehlen einer Vollmacht der Provinz, die Einfuhr und Ausfuhr zu kontrollieren, ein Zeitlang die erfolgreiche Verwaltung des Gesetzes verhindert.

Einige Kritiker unseres jetzigen Systems gingen sogar so weit und sagten, daß die Zustände so schlimm oder noch schlimmer seien als in den Tagen des offenen Bars. Das glaube ich nicht und ich habe noch den Mann zu finden, der kühn genug ist, öffentlich die Rückkehr zum letzteren System zu verlangen.

Alkohol ist ein Narkotikum und folglich ein Mittel, das eine Gewohnheit züchtet. Wird es im Uebermaß genommen, so muß es üble Folgen für den Menschen haben. Das ist eine feststehende wissenschaftliche Tatsache. Wenn die Prohibition alkoholischer Getränke zu einem allgemeinen Verbot gemacht werden könnte, könnte sie nur von wohltätigstem Einfluß auf die Menschheit sein. Obwohl die Prohibition nicht alles erreichte, was viele von ihr erwartet haben, möchte ich keineswegs zugeben, daß der Versuch ein vollständiger Fehlschlag war. Daß es schwer gewesen ist, ein solches Gesetz auszuführen, gestehe ich freimütig zu. Jedes Gesetz, das sich mit der Alkoholkontrolle zu befassen hat, ist schwer durchzusetzen. Ich möchte das Haus daran erinnern, daß durch das Gesetz, mag es in Zukunft beschaffen sein, wie es will, Polizisten und Beamten nötig werden, wenn nicht inzwischen bessere Mittel zur Aenderung der menschlichen Natur angegeben werden können.

Ein sehr bedeutsames Element ist der Erziehungswert bei Förderung der Temperenz. Ich fürchte, daß man in der Vergangenheit sich zu sehr auf das Gesetz und zu wenig auf die Erziehung verließ. Mehr Toleranz seitens der Extremisten auf beiden Seiten könnte viel zur Lösung der Frage beitragen. Etwas Gutes kann in jedem Menschen gefunden werden, wenn wir nur mit vorurteilslosem Sinn danach suchen.

Bei Betrachtung der Vorteile, die der Regierungsverkauf von Alkohol haben kann, hoffe ich, daß nicht zu viel Gewicht auf die Gewinne gelegt wird,

(Fortsetzung auf Seite 8.)

Tumultszenen im Ludendorff-Prozeß

Berlin, 6. März. — Unter tumultuarischen Szenen, wie sie sich selten in einem Münchener Gerichtshof ereignet haben, wurde heute der Hochverratsprozeß gegen den früheren Feldmarschall Ludendorff, Adolf Hitler und andere Teilnehmer am November-Putsch auf morgen verschoben. Die Krise kam, als die Verhaftung von Hauptmann Weiß bekannt wurde.

Dr. Kohl, Anwalt der Angeklagten, beschuldigte den obersten Staatsanwalt Dr. Stenglein, daß er eine Manie für Massenverhaftungen besitze, und Dr. Stenglein erklärte, daß er sich die Beleidigungen, denen er seitens der Verteidigung ausgesetzt wurde, nicht länger gefallen lassen werde und verließ den Gerichtssaal, die Tür hinter sich zuschlagend, daß das Gebäude erzitterte.

Der Krise war ein scharfer Wortwechsel zwischen Dr. Kohl und Dr. Stenglein vorausgegangen, in dessen Verlauf der Gerichtsvorsitzende mehrmals zur Ordnung mahnen mußte. Als schließlich Dr. Kohl fragte, weshalb man nicht von Kahr verhaftet habe, auf dem Blutschuld laste, riß Stenglein der Geduldsfaden. Er erklärte, daß er die Injurien lange genug über sich habe ergehen lassen, aber geschwiegen habe, um die Verhandlungen nicht zu unterbrechen. Länger werde er es aber nicht aushalten. Er werde sich nicht länger an den Verhandlungen beteiligen, sondern die weitere Führung des Prozesses seinem Assistenten Ehrhardt überlassen. Ehrhardt erklärte, daß er erst mit seinem Vorgesetzten konferieren müsse, ehe er das Verhör fortsetzen könne und beantragte Vertagung bis morgen. Während der Pause vor der endlichen Vertagung des Gerichts erteilte der Vorsitzende dem Verteidiger Kohl einen Rüffel. Dr. Kohl gab zu, seine Fassung verloren zu haben, versicherte aber, daß er den Mißbrauch der Machtbefugnisse des Staatsanwalts nicht mehr ruhig habe gewähren lassen können. Ehrhardt beantragte von neuem Verschiebung und drohte, daß er dem Beispiel seines Vorgesetzten folgen werde, falls keine Vertagung bewilligt werden sollte. Der Vorsitzende rief dem Hilfsstaatsanwalt zu: „Herr Justizrat, Sie gehen zu weit," vertagte aber darauf die Verhandlungen auf morgen.

Frankreich will Pfänder behalten

Poincares Erklärung in der Kammer.

Paris, 10. März. — Premier Poincare sagte in einer in der Abgeordnetenkammer gehaltenen Rede, daß eine Lösung der Reparationsfrage vor der französischen Parlamentswahl mehr als wahrscheinlich wäre. Er pries die Methoden der Sachverständigenkomitees und bemerkte, diese hätten ihre Mission, deren Zweck mehr die Feststellung der jetzigen finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands und der Herstellung des Gleichgewichts im deutschen Budget sei, als die Reduzierung der deutschen Schulden, gewissenhaft ausgeführt.

Der Premier beantwortete in seiner Ansprache eine Interpellation des Abgeordneten Mandel über innere Politik und nahm auch auf Aeußerungen des früheren Premiers Briand Bezug, die dieser in einer Rede in Carcassone über die innere politische Lage gemacht hatte. Schließlich ging Poincare auf sein Lieblingsthema über — die Besetzung des Ruhrgebietes — und betonte nachdrücklichst, **daß Frankreich die Pfänder, welche es in Deutschlands großem Industriezentrum halte, nicht früher aufgeben werde, als bis sämtliche Reparationszahlungen gemacht seien.**

Ueber die Möglichkeit einer **Revision des Versailler Vertrages** sagte Poincare:

„Jene, welche außerhalb Frankreichs auf eine Revision des Vertrages von Versailles zugunsten Deutschlands hinarbeiten, hoffen, daß durch die bevorstehenden Wahlen eine Aenderung in der französischen Politik eintreten werde. Wenn gewisse Kompromisse gemacht werden und die Wahlen unter gewissen zweideutigen Verhältnissen vor sich gehen sollten, ist es möglich, daß eine revisionistische oder revolutionäre Mehrheit in die nächste Kammer gewählt wird."

Dieser Hinweis auf eine Koalition der Radikalen, republikanischen Sozialisten und der Sozialisten in der nächsten Wahlkampagne wurde seitens der Linken mit höhnischen Zurufen und von der übrigen Kammer mit Beifall aufgenommen.

Poincare erklärte, die Kammer müsse selbst die Grenzen der Mehrheit ziehen, von der die Regierung ihre Unterstützung erhalte, aber in keinem Falle könnte die Mehrheit Royalisten oder Kommunisten einschließen.

Duellforderung Poincares

Poincare forderte den Abgeordneten De Launey zu einem Duell heraus, weil dieser nach der Ansicht des Premiers während dessen Rede eine Bemerkung gemacht hatte, durch welche sich der Premier beleidigt fühlte. Die Sekundanten beider Parteien erklärten nach einer gemeinsamen Beratung, daß der Abgeordnete durch seine Bemerkung der Ehre des Premiers nicht nahegetreten und ein Duell daher nicht gerechtfertigt sei.

Paris, 10. März. — Der französische Senat hat sich bis Donnerstag, den 13. März, vertagt, obgleich Premier Poincare dem Finanzkomitee des Senats das Ultimatum gestellt hatte, daß die Regierung zurücktreten würde, falls die Steuer- und Finanzreform-Vorlage nicht sofort beraten und angenommen werde.

Poincare hörte von dem Beschluß des Senats, als er spät abends die Kammer verließ. Er berief sofort eine Ministerratssitzung ein, in der entschieden wurde, daß Poincare der morgigen Sitzung des Finanzkomitees beiwohnen solle. Er wird wahrscheinlich sein Ultimatum wiederholen.

Russische Polizei tötet 30 chinesische Soldaten

Moskau, 10. März. — Ein blutiger Kampf zwischen russischer Polizei und chinesischen Soldaten wird aus Wladiwostock gemeldet. Die Chinesen überschritten die Grenze von den chinesischen Kasernen in Missinyan aus und überfielen ein russisches Dorf in der Nähe der Grenze. Die Russen gingen zum Angriffe vor und töteten 30 der Chinesen und trieben die anderen über die Grenze zurück. Eine andere Nachricht aus Wladiwostock besagt, daß 30 Japaner, welche dort verblieben, nachdem das Konsulat geschlossen worden war, unter der Beschuldigung der Spionage verhaftet worden seien.

Unabhängig von den Oeltrusts

Aufsehenerregende Erfindung eines deutschen Gelehrten.

Berlin, 10. März. — Deutschland und andere Länder, arm an Oelfeldern, aber reich an Kohle, werden in Bälde von den Oeltrusts der Welt unabhängig sein. Die Ursache liegt in der Entdeckung von „Synthol" durch Professor Franz Fischer und Dr. Trosch. Fischer ist Vorstand des Kaiser Wilhelm Instituts für Kohlenforschungen in Mülheim a. d. R. Wie er in einer Unterredung erklärt, wird es künftig möglich sein, gasolinähnliches Synthol aus Kohle in jeder gewünschten Menge herzustellen.

Für Amerika kommt Synthol erst dann in Betracht, wenn die großen amerikanischen Vorräte von Gasolin schwinden. Der Professor wies auch die Annahme zurück, daß Synthol billiger hergestellt werden könne als Gasolin. Die Bedeutung der Entdeckung liegt darin, daß Synthol in jedem Lande hergestellt werden kann, welches Kohle besitzt. Fischer, einer der ersten Wissenschaftler von Deutschland, gelangte durch langjährige glänzende Arbeiten zu seiner Stellung als Leiter des Kaiser Wilhelm-Instituts. Zu seiner Synthol-entdeckung brauchte er fast 20 Jahre. Seine Bemühungen gingen in gleicher Richtung wie Forschungen der Badischen Anilin- und Sodafabrik, er war aber der erste, der einen praktischen Ersatz für Gasolin fand, welcher kommerziell verwertbar ist.

Unser Verfahren, sagte der Gelehrte, besteht in der Gewinnung von Wassergas aus Kohle oder Koks. Dieses synthetische Oel, welches die Bezeichnung „Synthol" erhielt, ist weder Benzin noch Benzol, läßt sich aber in Benzin verwandeln. Dieses jedoch hat indessen nur wissenschaftliches Interesse. Die Proben mit Synthol bei Kraftwagen zeigten, daß es Benzol überlegen ist. (Benzol ist eine gasolinähnliche Substanz, welche aus Kohle gewonnen wird.) Wie wir glauben, bringen unsere Arbeiten ein neues Feuerungsmaterial für Motoren. Es ist noch ziemlich viel zu tun, bevor das Verfahren Handelszwecken vollständig angepaßt werden kann. Das Patent für das Verfahren von Fischer wird noch in Deutschland gehalten, obwohl in Oesterreich mit seinem Produkt Versuche angestellt worden sind. Das neue Synthol, sagte Fischer, ist keineswegs gleichbedeutend mit Benzin. Es kann jedoch Benzin ersetzen und ist nach meiner Meinung sogar besser als Benzin.

Letzte Nachrichten

3000 Waggons russisches Getreide für Deutschland.

Berlin, 11. März. — Wie hier bekannt wird, schloß die russische Regierung mit Polen einen Vertrag ab, durch den gestattet wird, daß 3000 für Deutschland bestimmte Waggons Getreide über Polen nach hier geschickt werden dürfen. Deutschland bezieht schon seit längerer Zeit von Rußland größere Getreidemengen. Wie groß die Not ist, wird auch durch das Umsichgreifen der Selbstmorde beleuchtet. Gestern waren allein in der Reichshauptstadt nicht weniger als neun Selbstmordfälle zu verzeichnen.

Nachfolger von Senator Ratz.

Ottawa, 11. März. — Andrew Haydon von Ottawa ist zum Nachfolger des verstorbenen Senators Ratz im Senat ernannt worden.

Grauenhaftes Unglück.

Castle Gate, Utah, 11. März. 173 Bergleute sind durch eine Explosion in ein Bergwerk eingeschlossen worden. Von ihnen sind bis jetzt 51 Leichen geborgen. Es besteht wenig Hoffnung, daß noch Ueberlebende ans Tageslicht gebracht werden.

Türkisches Parlament als Kalifat.

Konstantinopel, 11. März. Nach einer Erklärung Mustapha Kemal Paschas, des Präsidenten der türkischen Republik, soll in Zukunft das türkische Parlament das Kalifat verkörpern.

Venizelos hat genug.

Athen, 11. März. — Venizelos, dem es nicht gelungen ist, in Griechenland Ordnung zu schaffen, kehrt nach Paris zurück, von wo er vor einiger Zeit nach Athen geholt worden war.

Canadas Finanzpolitik auf dem Wege der Gesundung

Premier King macht interessante Mitteilung über Verminderung der Staatsschulden.

Die canadische Auswanderung. — Die Einigung von Ost und West. — Die Tariffrage.

Konservativer Senator bekämpft Zweiglinien.

Unterhaus.

Ottawa. — Im Unterhause in Ottawa hat die Debatte über die Thronrede vor allem den Führer der konservativen Opposition, Arthur Meighen, auf den Plan gerufen. Er meinte, die canadische Regierung möchte wohl das Haus und das Land davon überzeugen, daß alles gut vorwärtsgehe. Er wisse nicht, welcher Beweis für das Gedeihen des Landes vorliege und was die Regierung dafür getan habe. Die Vermehrung der Aus- und Einfuhr werde als schlüssiger Beweis für den gesunden Zustand des Landes angeführt. Es sei richtig, daß der Außenhandel Canadas größer sei als in den letzten zwei Jahren. Aber ein Vergleich mit den Ver. Staaten zeige, daß die Verhältnisse Canadas doch nicht so glänzend seien. Canada habe durch die reichen Ernten von 1922 und 1923 eine grundlegende Vorbedingung für einen raschen Fortschritt erhalten. Die Getreideausfuhr während des letzten Jahres habe die von 1921 um 100 Millionen Buschel überschritten. Den großen Handelszuwachs habe die Vermehrung der Ausfuhr von Holz, Papierstoff und Papier gebracht, hauptsächlich sei es aber Rohholz gewesen, das einer der kostbaren Naturschätze Canadas sei. Der Verkauf unseres Holzes und seiner Produkte komme einem Verkauf unseres Grund und Bodens gleich. Dessen brauche man sich nicht zu rühmen.

Die Einfuhren von landwirtschaftlichen Maschinen, die im vorletzten Jahre $7,832,000 wert gewesen seien, seien auf $11,893,636 im letzten Jahre gestiegen. Die Regierung habe vorgeschlagen, sich mit dieser Situation zu befassen, indem man die Einfuhr von Farmmaschinen erleichtern solle.

Die Ausfuhren von Butter, Käse und Eiern seien im Abnehmen begriffen.

Der Preis der landwirtschaftlichen Maschinen habe sich seit 1921 um 20 Prozent erhöht. Jede Revidierung des Zolltarifs in den letzten drei Jahren habe keine Verminderung der Produktionskosten in Canada gebracht.

Arthur Meighen machte auch auf die Auswanderung von Canada nach den Ver. Staaten aufmerksam, die 1921 durchschnittlich 4,400 im Monat, 1922 durchschnittlich 5,200 im Monat und 1923 durchschnittlich 17,595 im Monat betragen habe. Es sei klar, daß unter diesen Umständen es wenig Wert habe, Leute aus Europa zu holen, die die Plätze der ausgewanderten alteingesessenen Canadier einnehmen sollen und die vielfach Canada nur als Durchgangsland nach den Ver. Staaten benützten.

Das vorliegende Regierungsprogramm bezeichnete Meighen mehr als ein Heilmittel für die Regierung als für das Land.

Premier Mackenzie King

nahm in seiner Antwort Bezug auf die Tarifproteste Meighens und wies nach, daß Meighen während seiner Regierung Tarifrevision versprochen, aber nicht ausgeführt habe. Das Versprechen müsse nun von einer liberalen Regierung ausgeführt werden.

Was die Auswanderung von Canadiern anlange, so hätten zwar die Ver. Staaten genaue Aufstellung über die Einwanderung in ihr Land, aber nicht über die Rückkehr von Leuten nach Canada. Premier King klagte die frühere Regierung der Nachlässigkeit in der Einwanderungspolitik an. Nach dem Kriege sei die canadische überseeische Einwanderung auf Jahre geschlossen gewesen. Nun seien Jahre nötig, um die Maschinerie dafür aufzubauen.

Hinsichtlich der Konferenzen mit Premier Dunning und Crerar er-

(Fortsetzung auf Seite 8.)

Tarifreform als Farmerhilfe

Zusammenwirken von ganz Canada notwendig

Minister Hon. Dr. J. M. Uhrich über britische Preferenz und Gegenseitigkeit mit den Ver. Staaten

(Schluß der Rede des Ministers Hon. Dr. J. M. Uhrich.)

Die Resolution erklärt ferner, daß die britische Preferenz (Vorzugszoll) um 50 Prozent des allgemeinen Tarifs erhöht werden solle. Es ist wahr, daß die Bundesregierung während der letzten Session wesentlichen Fortschritt zu diesem Ziel hin gemacht hat. Und es liegt guter Grund dafür vor, warum sie in dieser Richtung fortfahren sollte. An erster Stellee würde eine weitere Ausdehnung der britischen Preferenz eine beträchtliche Erleichterung der Tariflast bringen, die jetzt von den Massen des canadischen Volkes getragen wird. Wenn die Kosten für die Einfuhr britischer Waren nach Canada vermindert werden, können diese Waren hier billiger verkauft werden, und in dem nämlichen Maße, in dem der Verkaufspreis britischer Waren in Canada verringert wird, muß auch der Verkaufspreis von in Canada hergestellten und von ausländischen Waren herabgesetzt werden, um mit diesen britischen Waren konkurrieren zu können.

Weiterhin würde eine wesentliche Erhöhung der britischen Preferenz dadurch, daß sie die Rückfrachten von Großbritannien vermehren würde, niedrigere Frachtraten für unsere Ausfuhren nach Großbritannien, besonders für Getreide und Vieh ermöglichen. In der Vergangenheit hat einhalb bis zweidrittel des canadischen Weizens über Transportkanäle, die Häfen und Schiffe der Ver. Staaten die Märkte Europas erreicht. Dies war der Tatsache zuzuschreiben, daß viel Ozeantonnage in den Häfen der Ver. Staaten verfügbar war, weil diese Schiffe Ladungen von Europa brachten. Um die Schiffahrt zu einem finanziellen Erfolg zu machen, müssen den Schiffen Ladungen auf dem Hin- und Rückweg sicher sein. Die Frachteinnahme ist für Canada im Vergleich zu unseren Schiffstransporten verhältnismäßig beschränkt. Wir müssen die Schiffahrt auf canadische Routen hinziehen. Eine beträchtliche Erhöhung der britischen Preferenz würde britische und canadische Schiffahrtsgesellschaften anspornen, weitere Schiffe auf der canadischen Route laufen zu lassen, um unseren Weizen und andere Ausfuhrprodukte nach Europa zu befördern.

In unserer Resolution wird auch auf die Gegenseitigkeit im Handel mit den Ver. Staaten hingewiesen. Das würde fürwahr eine Vollendung sein, wie sie zu wünschen ist. Es würde in praktischer Weise zum Freihandel in Naturprodukten zwischen Canada und den Ver. Staaten beitragen. Es würde einen zweiten Markt für den canadischen Farmer bedeuten, und niemand kann wohl behaupten, daß zwei Märkte nicht besser sind als einer. Es würde bedeuten, daß die canadischen Farmer zu gewissen Jahreszeiten bessere Preise für mindestens einen Teil ihrer Produkte erhalten würden.

Die konservative Partei hat sich das Vertrauen des Westens verscherzt, als ihre Führer sich 1911 mit einer Anzahl abtrünniger Liberaler verschworen, die Gegenseitigkeit (Reziprozität) mit den Ver. Staaten zu schlagen, die eine unendliche Unterstützung für die landwirtschaftlichen Provinzen gewesen wäre. Während jener Wahl im Jahre 1911 war die Stimmung in Saskatchewan so stark

(Fortsetzung auf Seite 5.)